

Die Initiative ergänzt die Energiestrategie

Silva Semadeni, SP-Nationalrätin und Präsidentin Pro Natura

Mit der Energiestrategie 2050 hat das Parlament entschieden, dass Rahmenbewilligungen für neue AKW nicht mehr erteilt werden dürfen. Die nach Fukushima beschlossene Neuausrichtung der Energiepolitik baut auf die konsequente Umsetzung der Energieeffizienz und den Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Wasserkraft bleibt das Rückgrat unserer Stromversorgung.

AKW werden immer älter, immer teurer, immer gefährlicher

Im Parlament haben die bürgerlichen Politiker aber verhindert, dass eine Regelung für die Ausserbetriebnahme der bestehenden AKW im Gesetz verankert wurde. Dies, obwohl das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI) selbst eine Lösung mit einem Langzeitbetriebskonzept vorgeschlagen, ja verlangt hat. Die drei ältesten AKW wären aus Sicherheitsgründen spätestens nach 60 Jahren vom Netz genommen worden, die zwei anderen Werke hätten jeweils auf 10 Jahre befristete Betriebsbewilligungen einholen müssen. Nun dürfen auch die ältesten AKW der Welt ohne maximale Laufzeit am Netz bleiben – und werden immer gefährlicher und wegen der Nachrüstungen auch immer teurer.

Sicherheit für die Bevölkerung und Planungssicherheit für die Erneuerbaren

Mit einem Ja zur Initiative für den Atomausstieg kann nun diese zentrale Lücke der Energiestrategie 2050 geschlossen werden. Die AKW gehen nicht etwa chaotisch, sondern gestaffelt (2017, 2024 und 2029) vom Netz. Die alte, gefährliche und immer unrentablere atomare Energieproduktion bekommt mit der Initiative ein Ablaufdatum. Für die Stilllegung und Entsorgung können dann früher realistische Lösungen gefunden werden. Eine Stromversorgung ohne Atomrisiko und ohne weitere Produktion von Atommüll ist in jeder Hinsicht ein Gewinn für Gesellschaft und Umwelt. Sie bedeutet Sicherheit für die Bevölkerung, weniger ökologische und finanzielle Lasten, keine Abhängigkeit von russischem Uran – und freie Bahn für die Wasserkraft, für die erneuerbaren Energien.

Die Schweiz ist nicht auf einen schweren Atomunfall vorbereitet

Hansjörg Bhend, Vorstand Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz Graubünden

Fukushima in Japan hat es 2011 gezeigt: Atomkraftwerke auch neuerer Bauart sind keineswegs sicher. Es braucht nicht eine veraltete Technologie wie in Tschernobyl

damit eine Kernschmelze eintritt. Es kann uns auch hier in der Schweiz treffen, sei es mit einem Erdbeben wie kürzlich in Mittelitalien, oder durch einen Flugzeugabsturz. Die Auswirkungen bei einem solchen Ereignis sind katastrophal. Es geht dabei nicht nur um die Todesfälle und Erkrankungen durch die akute Strahlenkrankheit, welche jeweils in den Medien gross erwähnt werden. Die chronischen Auswirkungen einer derartigen Strahlendosis auf Mensch, Tier und Vegetation sind viel schwerwiegender, gehen aber meist vergessen. Sie treten noch nach Jahren auf in Form von Malignomen, Leukämien bei Kindern, kardio-vaskulären oder neurologischen Erkrankungen oder Spätschäden infolge genetischer Veränderungen gar erst bei der nächsten Generation. Wissenschaftliche Untersuchungen nach Tschernobyl haben gezeigt, dass sich die Todesrate im verstrahlten Gebiet nach einer Generation beinahe verdoppelt hat gegenüber der normalen Todesrate. Riesige Gebiete sind nach Jahren noch so stark verstrahlt, dass an eine Rückkehr der Bewohner nicht zu denken ist.

Die Bevölkerung ist einem AKW-Unfall weitgehend machtlos ausgeliefert

Wir haben als Prophylaxe von solchen Spätschäden lediglich die Jodtabletten, die an die Bevölkerung der näheren Umgebung verteilt wurden, um Schilddrüsenkarzinome zu verhindern. Je nach Windrichtung und -stärke müssten innert weniger Stunden 1 Million Menschen evakuiert werden. Der öffentliche Verkehr würde ohne Strom nicht mehr funktionieren und der Privatverkehr innert Kürze zusammenbrechen. Dabei würde nicht einmal die Alarmierung der betroffenen Bevölkerung funktionieren, weil das mobile Funknetz innert Minuten überlastet wäre. Niemand hätte mehr ein stromunabhängiges Radiogerät mit UKW-Empfang über welches der Bundesrat Verhaltensmassnahmen verbreiten würde. So ist es jedenfalls in der heute noch gültigen Verordnung vorgesehen.

Und was schlagen die Sicherheitsfachleute vor, um diesen gordischen Knoten zu lösen? Es sollen einfach die Referenzwerte für die Evakuierung der Bevölkerung erhöht werden und zwar um das Hundertfache. In normale Zeiten ist eine Strahlendosis von 1 mSievert/Jahr für die Bevölkerung erlaubt, im Notfall 100 mSievert/Jahr. Wer in einem Gebiet wohnt, das einer kleineren Strahlendosis ausgesetzt ist, hätte keinen Anspruch auf Entschädigung. Damit lassen sich die Kosten natürlich massiv senken, aber zynischer geht's wohl nicht mehr.

Eine solche Katastrophe darf es nicht geben. Sie muss unter allen Umständen verhindert werden. Das Risiko eines solchen Unfalls wächst mit dem Alter der Atomkraftwerke und wir haben ja weltweit die Ältesten. Damit aber noch nicht genug; jetzt sollen die Ruinen, welche wegen Sicherheitsmängeln abgestellt werden mussten, mit Milliardenbeträgen zu neuem Leben erweckt werden. Ein ökologischer wie ökonomischer Unsinn. Lasst uns so rasch als möglich aus der veralteten und gefährlichen Atomtechnologie aussteigen.

Atomenergie – das Gegenteil von Bio

Von Andi Schmid, Geschäftsführer Bio Grischun

Der Biolandbau setzt auf Nachhaltigkeit und Innovation. Die Kombination machte Bio zur Erfolgsgeschichte, speziell in Graubünden, wo 60% der Landwirtschaftsbetriebe biologisch wirtschaften. Biobetriebe achten speziell darauf, dass Mensch, Tier und Natur im Gleichgewicht sind. Biolandwirtschaft ist enkeltaugliche Landwirtschaft. Das bedeutet, auch kommende Generationen sollen wirtschaftlich gesunde Lebensmittel produzieren können.

Atomenergie ist nicht enkeltauglich

Atomenergie ist weder nachhaltig noch innovativ, geschweige denn enkeltauglich und somit das Gegenteil von Bio. Die Energiestrategie des Bundesrates geht in die richtige Richtung, nur geht alles zu langsam. Insbesondere der Ausbau der erneuerbaren Energien, allen voran der Sonnenenergie, verzögert sich.

Noch immer gibt es in der Schweiz viel zu wenige Gebäudedächer mit Sonnenkollektoren oder Photovoltaikanlagen. Viele der weit über 30'000 Projekte auf der Warteliste für die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) stammen von Bauernfamilien. Sie wollen zu regionalen, umweltfreundlichen Energieproduzenten werden. Wegen der langen Wartezeit bei der KEV ist dies aber nicht möglich.

Bauernfamilien investieren in Solarprojekte

Viele Bündner Landwirtschaftsbetriebe haben den Schritt zu Energieproduzenten trotzdem gewagt. Der Solarstrom, der auf ihren Wohn- und Ökonomiegebäuden produziert wird, leistet nicht nur einen Beitrag zum Betriebseinkommen, sondern auch zur regionalen Stromversorgung. Das Potenzial im mit Sonnenschein verwöhnten Graubünden ist aber bei weitem nicht ausgeschöpft. Damit es endlich vorangeht, braucht es einen raschen aber geordneten Ausstieg aus der Atomenergie.

Bio Grischun empfiehlt deshalb ein JA zur Initiative für einen geordneten Atomausstieg.

Bio Grischun ist die Bündner Sektion der Bio Suisse, Inhaberin der Bio-Knospe. Bei Grischun



Das riesige Potential der Sonnenergie

Von Rolf Ziegler, Vorstand SSES Regionalgruppe Graubünden-Liechtenstein

Eine Versorgung der Schweiz mit 100% Strom aus ungefährlichen, erneuerbaren Energiequellen ist problemlos möglich. Gerade in der Solarenergie steckt ein riesiges, brachliegendes und kleingeredetes Potential. Das kann ich aus eigener Erfahrung sagen.

Das eigene Haus als Kraftwerk

Vor 15 Jahren haben wir auf dem Dach unseres Einfamilienhauses die ersten 16 Solarpanels montieren lassen. Ich wollte testen, wie gut eine Anlage bei uns funktioniert, nachdem immer wieder von verschiedenen Fachleuten gesagt wurde, in unserer Region sei eine Solaranlage nicht sinnvoll. Zwei Jahre später haben wir unsere Solaranlage um weitere 57 Solarpanels erweitert. Die totale Fläche beträgt nun 45 m², die Dachneigung 20° und die Dachhälfte auf der sich die Solarpanels befinden ist nach Westen ausgerichtet. In den 12 Jahren von 2004 bis 2015 haben die Solarpanels einen durchschnittlichen Jahresertrag von 4450 kWh ergeben. Das entspricht etwa dem durchschnittlichen Stromverbrauch einer vierköpfigen Familie. Auf dem Ostflügel unseres Daches stehen zudem 5.5 m² Sonnenkollektoren für die Warmwasseraufbereitung. Mit dieser Anlage decken wir ca. 60 % unseres Warmwasserbedarfs. Zu bemerken ist, dass im Dezember und Januar die Sonne höchstens 2 Stunden scheint.

Riesiges Potential im Sonnenkanton Graubünden

Wie man leicht sehen kann, ist das Potential sehr gross, wenn man mehr Dachflächen mit Solarpanels eindecken würde. Wenn nur die Hälfte der geeigneten Dach- und Fassadenflächen für Photovoltaik genutzt werden, lässt sich darauf ein Viertel des Schweizer Stromverbrauchs produzieren. Grosse Photovoltaik-Anlagen im Berggebiet liefern zudem Solarstrom wie in Südspanien und produzieren bereits günstiger als die Atomkraftwerke. Aktuell werden jeden Monat gut 800 Solaranlagen bei der KEV angemeldet. Setzt sich dieser Trend fort, stehen bis 2029 mehr als genug Anlagen bereit, um den Atomstrom aller fünf AKW zu ersetzen.

Punkto Sonnenkollektoren habe ich mich auch mit meinem Heizungs- und Sanitärfachmann unterhalten. Er hat vor wenigen Jahren bei sich selber eine Warmwasseraufbereitungsanlage installiert und kommt auf einen Deckungsgrad von 75 %. Für ihn ist klar: bei einer etwas intensiveren Unterstützung von Solaranlagen würden einige Arbeitsplätze in der Region entstehen. Mit dem geordneten Atomausstieg bekommt die Solarenergie die verdiente Aufmerksamkeit und Unterstützung. Davon profitieren insbesondere auch unsere Regionen.

Die Energiewende hat längstens begonnen

Von Anita Mazzetta, Geschäftsführerin WWF Graubünden

Die Mär der Strom- und Netzlücke

Mit der Stromlücke kann man die Bevölkerung nicht mehr erschrecken. Die Knappheitsszenarien in den sechziger Jahren und in der jüngsten Vergangenheit haben sich als PR-Strategie der Stromwirtschaft entlarvt. Heute haben wir eine Stromschwemme und historisch tiefe Strompreise. Die drei kleinen AKW, die 2017 ausser Betrieb gehen müssen, hat die Stromwirtschaft zudem im In- und Ausland mit erneuerbaren Anlagen bereits zugebaut. Darum versucht die Stromwirtschaft neuerdings die Netzlücke herbeizureden. Neue Trafo-Anlagen sind aber vor kurzen in Betrieb gegangen oder stehen aktuell im Bau. Tatsache ist: es gibt weder eine Strom- noch eine Netzlücke.

Unglaubliche Warnung vor Kohlestrom

Die gleichen Stromlobbyisten, die sich gestern für Kohlekraftwerke im Ausland stark gemacht haben, warnen heute vor dem Import von dreckigem Kohlestrom. Klar ist: Niemand braucht Kohlestrom zu importieren. Erstens: Alle 40 Tage wird ein Schweizer AKW durch neue erneuerbare Anlagen in Europa ersetzt. Zweitens: Sauberer Strom kostet heute gleich viel wie der Schweizer Atomstrom. Drittens: Die Stromkonsumenten und Stromversorger können ihren Strom selber wählen. Die Energieversorger z.B. von Basel und Zürich stellen über das System des Herkunftsnachweises sicher, dass sämtliche Importe durch eine saubere Produktion gedeckt sind. Und, auch die Schwarzmalen können etwas tun. Sie können die Dreckstromabgabe auf Kohle- und Atomstrom unterstützen, die der Ständerat 2015 abgelehnt hat. Dies wäre die effektivste Massnahme gegen den Import von dreckigem Strom.

Unbegrenzte Laufzeit steht der Energiewende im Weg

Die Zukunft gehört dem riesigen Potential an Solardächern, den bestehenden Speicherseen, den 2000-Watt-Quartieren wie in Chur West. Ergänzend zu den stark fluktuierenden Erneuerbaren braucht es neben intelligenten Netzen auch flexibel einsetzbare Kraftwerke. Die Speicherseen können das, Atom- und Kohlekraftwerke nicht. Viele Unternehmen, Gemeinden, Landwirte, Organisationen setzen die Energiewende bereits heute um. Die unbegrenzte Laufzeit der AKW nimmt ihnen jedoch die Planungs- und Investitionssicherheit und steht der Energiewende im Weg.